



An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales und Senioren
Herrn Michael Paetzold

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 04.10.2019

AN/1346/2019

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Soziales und Senioren	31.10.2019

Die Bedeutung der Kölner Beschäftigungsträger

Sehr geehrter Herr Paetzold,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung des Ausschusses Soziales und Senioren am 31.10.2019 aufzunehmen:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt:

1. Die Verwaltung und das Jobcenter werden gebeten, dem Ausschuss darzulegen, wie die Stadtverwaltung dafür Sorge tragen kann, dass die Kölner Beschäftigungsträger langfristig gestärkt und ökonomisch sowie organisatorisch stabilisiert werden.
2. Die Verwaltung und das Jobcenter werden gebeten, dem Ausschuss eine Übersicht über die differenzierten Angebote und Initiativen von Trägern der Beschäftigungsförderung und den in der Integration und Beschäftigung engagierten Sozialhilfeträgern zur Verfügung zu stellen.
3. Die Verwaltung und das Jobcenter werden gebeten, dem Ausschuss darzulegen, auf welchen Betrag sich die Einnahmen belaufen, die in der Stadt Köln aufgrund dieser Angebote aus Bundes-, Landes- und sonstigen öffentlichen Mitteln erzielt werden, und wie sich solche Angebote auf kommunale Leistungen, z. B. mögliche Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft, auswirken.

Begründung:

Mehr als 60.000 Menschen sind in Köln im Jahr 2017 selbst sehr lange Zeit ohne Arbeit oder leben als Kinder und Angehörige in Familien, die von anhaltender Arbeitslosigkeit geprägt werden: 60 % der Betroffenen haben gesundheitliche, familiäre oder wirtschaftliche Probleme, rund 75 % haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und zum Teil auch keinen Schulabschluss.

Die Chancen auf eine nachhaltige Integration in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt sind ohne Unterstützung außerordentlich gering. Lang anhaltende Arbeitslosigkeit verringert erwiesenerma-

ßen die Chancen jeder erwachsenen Person und der auf Unterstützung angewiesenen Kinder auf eine aktive Mitwirkung und eine selbstbestimmte Zukunft in unserer Stadt.

Diese Menschen haben Anspruch auf eine aktive, nachhaltig fördernde Struktur öffentlicher Beschäftigung und Integration, finanziell und organisatorisch. Dabei tragen Bund und Land vor allem die Finanzverantwortung. Die Stadt ist für die verlässliche institutionelle und organisatorische Umsetzung verantwortlich.

Köln hat eine lange und erfolgreiche Geschichte kommunaler Arbeitsmarktförderung. Seit Ende der siebziger Jahre wurde, damals vor allem durch die Nutzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) des Arbeitsamtes und der gesetzlichen Möglichkeiten des SGB (Hilfe zur Arbeit), aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik betrieben. Neue Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten verbanden die Integration von arbeitslosen jungen und älteren Menschen mit Aufträgen zur Stadtgestaltung im Stadtverschönerungsprogramm.

Freie Träger wie der Ehrenfelder Verein für Arbeit, der Internationale Bund (IB Arbeitsprojekt), die Jugendwerkstatt Nippes e.V. und Zug um Zug e. V. entwickelten vor allem handwerklich ausgerichtete Projekte für Langzeitarbeitslose, andere wie der Sozialdienst katholischer Männer (SKM), In Via, Die Brücke Köln e. V. oder „Jack in the box“ schufen Angebote für wohnungslose Menschen oder junge strafentlassene Personen.

Die Stadt Köln selbst war und ist mit der Jugendhilfe Köln e. V. oder der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH selbst aktiver Teil der öffentlichen Beschäftigungsträger. Allen gemeinsam war das Ziel, langzeitarbeitslose Menschen und damit ihre Angehörigen und Familien dauerhaft in der Stadtgesellschaft zu verankern.

Trotz vielfältiger Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen und Förderlandschaften leisten diese Organisationen und Ihre Verbände (z. B. das Konsortium Kölner Beschäftigungsträger) bis heute eine ausgezeichnete und für die integrative Stadtgesellschaft unverzichtbare Arbeit, etwa durch das JobBörsenprogramm und die Umsetzung von Programmen des JobCenters sowohl für junge und ältere Arbeitslose als auch für psychisch kranke oder behinderte Menschen. Ihr Beitrag stärkt auch andere bestehende Aktivitäten und Handlungsansätze in Köln wie beispielsweise das Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“.

Die Umsetzung integrativer Konzepte und daraus folgender öffentlicher Förderungen erfordert weiterhin diese Einrichtungen, private oder sozialwirtschaftliche Unternehmen, gemeinnützige und wohlfahrtsverbandliche Organisationen und Beschäftigungsträger, öffentlich-rechtliche Körperschaften und auch stadtteigene und stadtnahe Betriebe wie die SBK und die KGAB.

Die kommunale Verantwortung besteht fort. Sie muss die Kölner Träger der Arbeits- und Beschäftigungsförderung mit ihren Kernkompetenzen und originären Beschäftigungsfeldern einbeziehen und wie bisher oder sogar verstärkt Arbeits- und Beschäftigungsplätze für langzeitarbeitslose Menschen anbieten. Dazu bedarf es klarer vertraglicher Vereinbarungen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin